

Landeshauptstadt Magdeburg

Stellungnahme der Verwaltung öffentlich

Stadtamt	Stellungnahme-Nr.	Datum
Team 5	S0052/09	17.02.2009

zum/zur

A0007/09 FDP-Fraktion

Bezeichnung

Sachstand und Perspektiven der interkommunalen Zusammenarbeit

Verteiler

Tag

Der Oberbürgermeister	24.02.2009
Ausschuss für Regionalentwicklung, Wirtschaftsförderung und kommunale Beschäftigungspolitik	19.03.2009
Ausschuss für kommunale Rechts- und Bürgerangelegenheiten	19.03.2009
Stadtrat	30.04.2009

Gemäß dem Antrag A0007/09 des Herrn Stadtrates Carsten Klein in der Sitzung des Stadtrates vom 26.01.2009 wird der Oberbürgermeister gebeten, im ersten Halbjahr 2009 einen Sachstandsbericht und eine Perspektivplanung für die bereits erreichten und die zukünftigen Maßnahmen der interkommunalen Zusammenarbeit der Landeshauptstadt Magdeburg mit den umliegenden Kommunen und Landkreisen vorzulegen.

Die Verwaltung befürwortet die Vorlage eines derartigen Berichts. Im Kontext von angespannten öffentlichen Haushaltskassen, Globalisierung und europäischer Integration gewinnt die Wettbewerbsfähigkeit der Regionen zunehmend an Bedeutung, ein Denken und Handeln in größeren Raumkategorien ist notwendig. Durch Kooperation und Vernetzung auf der Ebene der Regionen kann ein Innovationsschub und damit eine Stärkung der vorhandenen Kompetenzen erreicht werden mit Wirkung sowohl auf die Zentren der Region als auch auf den ländlichen Raum.

Ziel der interkommunalen Zusammenarbeit sollte es daher sein, gleichgerichtete wirtschafts- und gesellschaftspolitische Interessen in der Stadt Magdeburg und den umliegenden Landkreisen und Kommunen zusammenzuführen, Potentiale zu bündeln, um sich gemeinsam dem Wettbewerb auf nationaler und internationaler Ebene stellen zu können und Impulse für die wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung der Region zu setzen. Auch bei der gemeinsamen Interessenvertretung gegenüber dem Land, dem Bund und der EU bringt eine Kooperation von Gebietskörperschaften viele Vorteile.

Eine deutliche Erweiterung der regionalen Zusammenarbeit ist erforderlich. Dies gelingt nur mit konkreten Projekten, deren Nutzen und Mehrwert für die beteiligten Partner erkennbar ist. Derzeit arbeitet das Wirtschaftsdezernat an einem Katalog derartiger Projekte. Diese sollen in eine Initiative mit Vorschlägen und Angeboten an die umliegenden Landkreise und Gemeinden münden.

Als Beispiele seien genannt: die Entwicklung und der Aufbau eines gemeinsamen Clustermanagements in der Region, eines Regional- und Standortmarketings sowie die gemeinsame Erschließung von Industrie- und Gewerbeflächen, wie z. B. mit der Gemeinde Sülzetal bereits erfolgt. Ein weiteres Handlungsfeld könnte die Einrichtung eines gemeinsam

betriebenen Europabüros mit dem Ziel sein, die internationale Kompetenz der Gebietskörperschaften zu erhöhen (Arbeitskontakte zu Entscheidungsträgern der Europäischen Union, Akquirierung von Fördermitteln, internationale Wirtschaftskontakte, Informations- und Lobbytätigkeiten usw.). Die erforderlichen Gespräche und Abstimmungsrunden werden vom Wirtschaftsdezernat in den kommenden Wochen geführt.

Rainer Nitsche

Bearb.: Birgit Marxmeier
Tel.: 540 - 2279